

8. März 2021: Jetzt erst recht! Der 110. Weltfrauentag

Am 8. März 2021 wird zum 110. Mal der internationale Frauentag begangen. In diesem Jahr kann es Pandemie-bedingt keine öffentlichen Veranstaltungen dazu geben. Dabei hat ausgerechnet die Pandemie die Gleichberechtigung von Frauen und Männern heftig zurückgeworfen. Umso wichtiger ist es, auch in diesem Jahr am Weltfrauentag auf die mangelnde Gleichberechtigung aufmerksam zu machen.

In vieler Hinsicht hat die COVID-19-Pandemie Frauen erheblich stärker belastet als Männer. Schul- und KiTa-Schließungen stellen insbesondere für alleinerziehende Eltern eine enorme Belastung dar. Frauen machen mit rund 85 % den weitaus größten Teil der alleinerziehenden Eltern aus und sind dabei nicht seltener berufstätig als Mütter in Paarbeziehungen. Aber auch in Paarbeziehungen tragen Mütter die Hauptlast der aktuellen Situation: Sie reduzieren ihre Wochenarbeitszeit stärker als die Väter und übernehmen den größeren Anteil der Kinderbetreuung und -beschulung. Frauen machen mit etwa zwei Dritteln auch den deutlich größeren Teil der Beschäftigten im Einzelhandel aus – einer Branche, die durch die COVID-19-Pandemie stark unter Druck geraten ist. Und da Frauen häufiger als Männer nicht-tarifgebunden beschäftigt sind, kommen sie seltener in den Genuss von Kurzarbeitgeld.

Dies alles sind die Folgen von unzeitgemäßen Rollenbildern und einer Politik, die die finanzielle Abhängigkeit der Frauen von ihren Männern fördert. Mütter legen längere Erziehungszeiten ein, arbeiten viel häufiger als Väter in Teilzeit und leisten den Großteil der unbezahlten Sorge-, Familien- und Hausarbeit. Kurzfristig mag das für die Familie ein höheres Einkommen, nämlich das des Mannes bringen. Frauen verzichten dafür aber nicht nur auf beruflichen Aufstieg, sondern auch auf Rentenanwartschaften. Und haben so langfristig das Nachsehen: Sie sind häufiger von ihren Partnern finanziell abhängig und viel stärker als Männer von Altersarmut bedroht. Begünstigt wird dieses Lebensmodell durch politische Weichenstellungen wie die kostenlose Mitversicherung in der Krankenkasse und das Ehegattensplitting.

Seit dem ersten Internationalen Frauentag am 19.03.1911 wurde in Deutschland für Frauen viel erreicht: Sie dürfen wählen, sie dürfen ohne die Zustimmung ihrer Ehemänner berufstätig sein und sie dürfen ein eigenes Konto haben. Aus heutiger Sicht ist es schwer zu fassen, dass sie diese selbstverständlichen Rechte erst hart erkämpfen mussten. Aber auch heute ist es noch so, dass die Belange von Frauen von der Politik oft übersehen werden. Ganz einfach, weil Politik viel häufiger von Männern gemacht wird als von Frauen: Der Frauenanteil im Bundestag liegt derzeit bei 31 %, der im NRW-Landtag bei 27 % und der im Bornheimer Stadtrat bei 26 %. Für die Kommunalpolitik bedeutet das beispielsweise, dass Männer bestimmen, welche Anzahl

Gemeinsame Erklärung der Bornheimer Stadträtinnen der Fraktionen Bündnis90/Die Grünen,
Christlich-Demokratische Union (CDU) und Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD)
anlässlich des 110. Internationalen Frauentages am 8. März 2021

von Kinderbetreuungsplätzen in einer Kommune ausreichend sind oder welche nächtliche Straßenbeleuchtung ein ausreichendes Sicherheitsgefühl vermittelt. Wir Bornheimer Stadträtinnen der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU und SPD setzen uns konsequent dafür ein, dass die Belange von Frauen in der Bornheimer Kommunalpolitik berücksichtigt werden.

Loubna Aharchi, SPD

Dr. Maria Böhme, Bündnis 90/Die Grünen

Dr. Charlotte von Canstein, CDU

Christina Gordon, SPD

Tina Görg-Mager, Bündnis90/Die Grünen

Dr. Gabriele Jahn, Bündnis 90/Die Grünen

Karin Jaritz, SPD

Katrin Kappenstein, Bündnis 90/Die Grünen

Maria Koch, Bündnis 90/Die Grünen

Gabriele Kretschmer, CDU

Ute Krüger, SPD

Anna Peters, SPD

Dr. Linda Taft, Bündnis 90/Die Grünen